



Jugend belebt Leerstand



Ein Klima des Gelingens schaffen!

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt, Hochschule Magdeburg-Stendal

Herr Wendt, Sie beschäftigen sich seit vielen Jahren in Theorie und Praxis mit Selbstorganisationsprozessen. Was kann Entscheidern Mut machen, die Selbstorganisation bei Jugendbauten zu unterstützen?

Wendt: Sie sollten vielleicht einfach den Mut aufbringen und einmal ein Jugendhaus besuchen. Sehen Sie, über solche »bunten Häuser« macht man sich in der Erwachsenenwelt viele Gedanken und redet ebenso viel darüber. Aber kaum jemand betritt jemals diese Sphäre der Jugendlichen. Oft sind der Hausmeister und die Putzfrau für die Jugendhäuser die einzigen Gewährsträger zur Außenwelt. Deren öffentlich geäußerten Einschätzungen über das Innenleben von Jugendprojekten können mitunter entscheidend für die Meinung vor Ort sein.

»Sie sollten vielleicht einfach den Mut aufbringen und einmal ein Jugendhaus besuchen«

Nun haben die Jugendbauten eigentlich selten einen erwachsenen Hausmeister oder eine Putzfrau angestellt. Es sind ja selbstorganisierte Projekte ...

Wendt: Richtig. Umso mehr weckt das »bunte Haus« die Projektionen der Erwachsenenwelt. Es fehlt das Grundvertrauen in die eigenständigen Kompetenzen Jugendlicher. Wir betonen zu sehr die Möglichkeit des Scheiterns. Das steckt leider auch latent in Ihrer Frage nach dem notwendigen Mut. Ich plädiere für die Selbstverständlichkeit einer anderen Betrachtungsweise: diese selbstorganisierten, bunten Häuser sind die eigentlichen Schulen des Lebens!

»Wir betonen zu sehr die Möglichkeit des Scheiterns.«

Was kann denn in einem Jugendbau gelernt werden?

Wendt: Wir Pädagogen nennen es das informale Lernen: Jugendliche lernen ihre Vorhaben zu organisieren, sich eigenständig Ressourcen zu erschließen, kooperativ zu handeln, aber auch mit Konflikten umzugehen. Sie spezialisieren sich. Aufgaben und persönliche Fähigkeiten finden zueinander. Wir sprechen dann vom sogenannten Sonderleistungskönnen, das sich oftmals überhaupt erst an solchen selbstorganisierten Orten realisieren kann. Das sind lebensnahe Bildungsprozesse. Wir sollten diese unbedingt begleitend unterstützen.

Wenn Selbstorganisationsprozesse gerade auch für die persönliche Entwicklung von jungen Menschen diesen besonderen Stellenwert haben, warum hat das Thema dann gesellschaftlich so wenig Konjunktur?

Wendt: Das stimmt nur bedingt. In ländlichen Räumen werden viele Selbstorganisationsorte von Jugendlichen in einer Selbstverständlichkeit und ohne große Worte gelebt. Im Schwarzwald haben beispielsweise sogenannte Buden für Jugendliche große Tradition. Selbstorganisierte Jugendprojekte müssen sich eher in Städten und Metropolen rechtfertigen – oftmals auch gegenüber den eigentlich für sie zuständigen Institutionen und Personen. So gesehen ist dem Thema »jugendliche Selbstorganisation« tatsächlich mehr gesellschaftliche Konjunktur zu wünschen.

Sie sprachen gerade von zuständigen Institutionen und Personen für selbstorganisierte Jugendinitiativen. Wen meinen Sie damit?

Wendt: Nun, im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), siehe § 8, wird die

Beteiligung und Mitwirkung von Jugendlichen betont und zwar »in allen sie betreffenden Entscheidungen«. Zudem will der § 9, der die Ausgestaltung der Leistungen regelt, im Wortlaut »die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln« bei Jugendlichen berücksichtigt wissen. Diese beiden Paragraphen können als ein rechtlicher Mechanismus und Auftrag zur Unterstützung von Selbstorganisation interpretiert werden. Man kann das Gesetz so lesen, man muss es aber nicht. Das entscheiden die zuständigen Jugendämter und Jugendpfleger in ihrer jeweiligen Praxis. Ich habe diesen Mechanismus in allen meinen beruflichen Tätigkeiten offensiv für die Förderung von Selbstorganisation interpretiert.

Ist kommunale Jugendarbeit und Selbstorganisation eigentlich ein Widerspruch an sich?

Wendt: Nein, prinzipiell nicht, aber in der Praxis dann eben doch zu oft. Sehr viele Jugendpfleger in den Jugendämtern betrachten es leider nicht als ihre Aufgabe, selbstorganisierte Jugendprojekte zu unterstützen. Sie könnten dabei aber wenigstens die Schnittstelle zur Verwaltung bilden. Gerade auch Verwaltungsangelegenheiten von Jugendbauten könnten hier verwaltungsintern unterstützt oder koordiniert werden. Der Jugendamtsleiter oder Jugendpfleger sollte auch für selbstorganisierte Jugendprojekte die Kommunikation in die verschiedenen Verwaltungsfachabteilungen betreiben. Das ist der formale, verwaltungstechnisch so vorgesehene Weg. Er müsste eigentlich für alle Jugendprojekte – auch die selbstorganisierten – wie eine USB-Schnittstelle zur Einspeisung aller Anfragen und Anliegen in die Verwaltung funktionieren.

Aber würde das auf den Jugendämtern nicht auch eine neue Denkweise gegenüber den Jugendinitiativen bedeuten?

Wendt: Ja, ich nenne diese kooperative Hilfestellung der Jugendpfleger »Navigation«. Es handelt sich durchaus um eine pädagogische Leistung: Ein Navigator ist eine Art Lotse. Er erkennt vorab die Hindernisse und Untiefen, die es zu bewältigen gilt. Aber er ist nicht der Steuermann der Jugendlichen! Der Jugendpfleger kann Türen öffnen, entscheiden und durchgehen müssten die Jugendlichen aber selbstständig. Er könnte beispielsweise bei der Wohnungsbaugesellschaft mit den wesentlichen Personen Gesprächstermine vereinbaren, die Gesprächstermine und Verhandlungen müssen die jungen Menschen aber eigenverantwortlich führen.

Das hört sich gut an. Aus den Projekten können sie aber eher vernehmen, dass gerade die Jugendämter oft am wenigsten kooperativ handeln ...

Wendt: Nun, wenn der USB-Anschluss verklemmt ist, dann kann das natürlich verschiedene Hintergründe haben. Möglicherweise gab es vorher bereits Konflikte, möglicherweise kennt man sich nicht oder der Jugendpfleger betrachtet sich als nicht zuständig. Über seine Gründe kann man dann nur spekulieren. Man kann freie Träger und selbstorganisierte Projekte nicht so einfach mit Dienstanweisungen durchregieren, wenn es einmal Probleme geben sollte. Oder die Projekte werden vielleicht auch als existenzbedrohende Konkurrenz betrachtet. Jugendpfleger können Förderer, sie können aber eben

auch eine Behinderung sein. Aber formal sind sie eigentlich zuständig für die Anliegen aller Jugendlichen. Reagiert das zuständige Amt nicht, dann müssen die Projekte versuchen, auf andere Weise Einfluss zu nehmen.

Wie könnte den Jugendlichen das gelingen?

Wendt: Die Jugendinitiativen müssen dann für ihre Anliegen eine lokale Kampagne betreiben. Sie müssen möglichst viele Fürsprecher gewinnen. Intermediäre Personen mit lokalem Status, nennen wir Pädagogen das, wichtige Personen der lokalen Öffentlichkeit, die eine positive öffentliche Erklärung abgeben: »Ich weiß, die können das! Unsere Jugendlichen sind kompetent!« - und die so einen politischen Diskurs vor Ort in Gang bringen und ein positives Klima schaffen. Wenn in dieser Art »Dorfzeitung«, dem informellen Diskurs, wohlwollend über die Anliegen der Jugendlichen gesprochen wird, dann werden sich die kommunalen Instanzen dem öffentlichen Klima schlecht entziehen können.

Aber auch die intermediären Personen müssen sich Gedanken darüber machen, ob die Vorhaben nicht die Fähigkeit der jeweiligen Jugendlichen übersteigen wird. Auf welche Indizien könnte man da ein persönliches Urteil aufbauen?

Wendt: Kontinuität in der Ansprechbarkeit und Zuverlässigkeit bei Vereinbarungen sind sicherlich grundlegende Voraussetzungen. Gerade Entscheider sollten das Gefühl entwickeln können, dass die Jugendlichen zu dem stehen werden, was vereinbart wurde. Interessant auch: Gibt es eine Mandatierung des Sprechers? Bestimmte Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, kultiviertes Auftreten, inhaltliches Vorbereitet-Sein und eine gewisse sprachliche Anschlussfähigkeit wirken natürlich unterstützend.

Das sind zum Teil bürgerliche Sekundärtugenden. Sollen diese wesentlich für eine Beurteilung zur Befähigung von Jugendbauten sein?

Wendt: Nein, natürlich nicht ausschließlich. Aber die Jugendlichen müssen schon auch ihre Anschlussfähigkeit zur Erwachsenenwelt demonstrieren. Sie sollten einschätzen können, wie sie von Erwachsenen beurteilt werden. Ich höre öfter von Entscheidern: »Also, sie tragen ja komische Klamotten, Nasenringe, Tattoos usw., aber wie sie ihr Anliegen vorgetragen haben, das hat uns überzeugt.«

Also eine überzeugende Ernsthaftigkeit in der Haltung der Jugendlichen zur ihrem Vorhaben muss erkennbar werden?

Wendt: Ja, sicher! Doch diese wesentliche Kompetenz kann sich erst dann im gemeinsamen Prozess beweisen. Im Umgang mit Konflikten, also dann, wenn die gegenseitigen Erwartungen hin und wieder enttäuscht werden. Man sollte wissen, dass es Konflikte in einem gewissen Maß immer geben wird – und geben muss. Das gehört einfach dazu. Wir sprechen über Lebensräume Jugendlicher. Die entsprechen nicht den Erwartungen der Erwachsenenwelt. Ein gewisses Maß Konfliktbereitschaft und Toleranz werden alle beteiligten Seiten aufbringen müssen.

»Viele Jugendpfleger betrachten es leider nicht als ihre Aufgabe, selbstorganisierte Jugendprojekte zu unterstützen.«

»Ich nenne diese kooperative Hilfestellung »Navigation«.«

»Jugendliche sollten einschätzen können, wie sie von Erwachsenen beurteilt werden.«

»Konflikte wird es in einem gewissen Maß geben – muss es geben.«

»Selbstorganisationsprojekte sind keine abgeriegelten Burgen. Es werden oft neue, kreative Angebote geschaffen.«

Was ist im Falle eines Konfliktes dann aus Ihrer Sicht entscheidend?

Wendt: Unbedingt die Möglichkeit zur weiteren Kommunikation, wenn Probleme nicht ignoriert werden und man sich komplett abschottet. Die Selbstorganisationskompetenz der Jugendlichen erweist sich dann, wenn in den Initiativen ein Ritus im Umgang mit Konflikten entwickelt wird. Stehen auch die Jugendlichen zu ihren Fehlern? Gibt es Lernprozesse? Können die Konflikte moderiert werden? Interessant ist auch, ob sie über den eigenen Tellerrand schauen können, nicht nur im Konfliktfall, sondern auch in anderen schwierigen Situationen. Sind sie in der Lage Probleme zu lösen, Vernetzungen aufzubauen und Berater einzubeziehen? Das ist bei Jugendbauten sicherlich fördernd.

Wir beobachten bei den Jugendbauten ja weniger Konflikte, sondern mehr Potenzial. Alle suchen den Bezug zur Öffentlichkeit, viele entwickeln sogar soziale Funktionen im öffentlichen Raum.

Wendt: Ja, das mag sogar ein differenzierendes Merkmal zu vielen kommunalen Jugendhäusern sein. Selbstorganisationsprojekte suchen sehr oft, fast schon jede Gelegenheit sich zu präsentieren. Sie sind keine abgeriegelten Burgen. Und wie Sie sagten, es werden oft neue, kreative Angebote im sozialen Nahraum entwickelt. Man will ja mit seinen Anliegen in diese Gesellschaft. Kaum ein Fest oder Straßenumzug, an dem die Gruppen sich nicht beteiligen wollen. Das machen öffentliche Träger auch, aber oftmals nicht in diesem selbstverständlichen Gestus.

Jugend belebt Leerstand. Wie beurteilen Sie diese Vision? Was ist Ihre Einstellung gegenüber dem Forschungsfeld?

Wendt: Selbstorganisierte Jugendinitiativen müssen sich im Gemeinwesen verorten können. Wir alle müssen hierfür ein Klima des Gelingens schaffen! Deshalb ist wirklich sehr erfreulich, wenn den Potenzialen der Jugendlichen in Zukunft mehr Raum gewährt wird. Dass dieses Forschungsvorhaben am BMVBS und nicht am BMFSFJ verankert ist, macht die Forschungsergebnisse für viele in der Jugendarbeit professionell Tätige sogar noch interessanter. Sie werden die zahlreichen gelungenen Beispiele von selbstorganisierten Jugendbauten erforschen. Sie können diese Erfolgsgeschichten dann in weitreichende Strukturen wie den Deutschen Städtetag und den Deutschen Städte- und Gemeindebund kommunizieren. Dort sitzen alle wirklichen Entscheider versammelt. Unter den Oberbürgermeistern, Verwaltungsleitern, Vorsitzenden der Wohnungsbaugenossenschaften bis zu den Sparkassen-Direktoren sollten die gesammelten Geschichten des Gelingens in die für diese Akteure relevanten Strukturen kommuniziert werden. Es sollte einfach mehr Selbstverständlichkeit gewinnen.

Das lädt Stadtplaner zu der Frage ein, ob nicht benachteiligte Quartiere von diesem selbstorganisierten Engagement profitieren können? Sollten Verwaltungen ihren Jugendlichen brachliegende Räume vielleicht sogar offensiv anbieten?

Wendt: Nein, ein zu offensives Anbieten von Räumen und ein Werben um Engagement im öffentlichen Raum wird zu Recht nichts bringen. Sie sollten

»Selbstorganisationen sind eigenmotivierte Prozesse.«

unbedingt zur Kenntnis nehmen, dass Selbstorganisation eigenmotivierte Prozesse in mehreren Phasen sind. Zu Beginn müssen sie nicht einmal ein bestimmtes Ziel verfolgen. Manchmal kann nur ein diffuses Gefühl der Unzufriedenheit und des Wunsches nach mehr Gemeinschaftlichkeit der Auslöser sein. Sehr oft ist bei Jugendlichen gerade der öffentliche Raum Grund und Plattform zugleich. Planung intendiert aber immer ein Ziel. Das heißt, wir befinden uns in einem Annäherungs-, aber auch Spannungsverhältnis der Denkweisen: zwischen einem bereitwilligeren »Öffnen von Möglichkeitsräumen für Jugendinitiativen« und einer eventuell zu eindimensionalen »Instrumentalisierung«.

Das gegenseitige Annähern von Positionen beschreiben Planer gerne als eine »Win-win-Situation«.

Wendt: Nun, bei aller Euphorie: Das Aneignen und Entwickeln von leer stehenden Räumen müssen die Jugendlichen aus eigenem Interesse wollen. Sie müssen aus eigener Motivlage heraus handeln, ihre Chancen in möglichen Angeboten selbst erkennen. Ansonsten entwickelt sich eine krude Art der Selbstorganisationsförderung, ich nenne das die »Selbstorganisation auf dem silbernen Tablett«.

Silbernes Tablett?

Wendt: Ja, das silberne Tablett: »Hier habt Ihr ein Angebot! Jetzt macht aber mal was daraus!« – das wird so nicht funktionieren. Diese Scheiternserfahrung wurde schon sehr oft gesammelt. Sie können niemanden zur Selbstorganisation zwingen. Man sollte den Jugendlichen stattdessen mehr Ohr für ihre Anliegen schenken, aber nicht versuchen lästige Aufgaben auf ihr Engagement abzuladen. Ich sage das auch im Wissen um die aktuellen Diskussionen, die Budgets der Kinder- und Jugendhilfe einzuschränken.

Befürchten Sie ein Einsparen von Leistungen?

Wendt: Im letzten Jahr haben sich alle relevanten Akteure der ostdeutschen Jugendarbeit zur Abfassung der sogenannten »Meissner Thesen« veranlasst gesehen. Sehen Sie, Jugendarbeit ist de facto eine kommunale Pflichtleistung! Es gibt aber die fatale Gleichung: »Weniger Jugendliche – weniger Leistung!« Demografischer Wandel und kommunale Haushaltsdefizite regen die Fantasie von manchem Kämmerer an, den derzeit schon geringen Leistungsumfang der Kinder- und Jugendarbeit noch weiter einzuschränken. Wir stehen für eine Umkehrung der Gleichung: Die weniger werdenden Jugendlichen brauchen noch mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Unterstützung! Gut gemachte Jugendarbeit hat auch eine bedeutende Binfunktion in strukturschwachen ländlichen Regionen. Dabei können Jugendbauten ein weicher Standortfaktor und ein besonderer Baustein guter Jugendarbeit sein. Jugendarbeiter müssen Begleiter dieser Prozesse sein. Wir sollten uns einmischen, wenn wir von den Jugendlichen gefragt werden!

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview wurde geführt von Siri Frech und Holger Lauinger.

»Jugendarbeit ist de facto eine kommunale Pflichtleistung! Es gibt die fatale Gleichung »weniger Jugendliche – weniger Leistung«. Wir stehen für eine Umkehrung der Gleichung.«

»Jugendbauten können ein weicher Standortfaktor und ein besonderer Baustein guter Jugendarbeit sein.«